

Eidg. Volksabstimmungen vom 25. September 2016

Zweimal Nein zur Verteuerung des Werkplatzes Schweiz

Die Schweizer Metallzulieferindustrie lehnt beide Volksinitiativen «Grüne Wirtschaft» und «AHVplus» klar ab. Insbesondere die Initiative der Grünen benachteiligt den Werkplatz Schweiz massiv, ohne messbaren Effekt für unseren Planeten.

Mit der Initiative «Grüne Wirtschaft» müssten Ressourcen- und Energieverbrauch in der Schweiz um den Faktor 3 gesenkt werden. Erreicht werden soll dieses Ziel unter anderem mit neuen Vorschriften zu „Produktionsprozessen und Produkten“.

Initiative «Grüne Wirtschaft» setzt Arbeitsplätze aufs Spiel

Das Anliegen einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft ist wichtig. Mit den drastischen Einschränkungen schießt die Volksinitiative jedoch weit über das Ziel hinaus und benachteiligt, einseitig in der Schweiz eingeführt, den hiesigen Werkplatz gegenüber der Konkurrenz im Ausland massiv. Ohne messbaren Nutzen für die Erde.

Eine Annahme der Initiative würde die in der Schweiz metallverarbeitende Zulieferindustrie besonders hart treffen. Denn obwohl viele Betriebe bereits heute sehr effizient und ressourcenschonend Metalle bearbeiten, weil es im ureigensten Interesse der Unternehmer liegt, möglichst wenig zu verbrauchen und damit Kosten zu sparen, wird es nicht möglich sein, die drastischen Reduktionsziele zu erreichen. Es sei denn, die Metallverarbeitung wird eingestellt oder Arbeitsplätze ins Ausland verlagert.

Bereits heute belegt die Schweiz bezüglich Ressourceneffizienz und Umweltschutz weltweit eine Spitzenposition. Es braucht keine extreme Initiative mit zusätzlichen staatlichen Produktions- und Konsumbeschränkungen.

Nein zu höheren Lohnbeiträgen für Arbeitnehmer und Unternehmen

Die Volksinitiative «AHVplus» führt zu jährlichen Mehrkosten von 4,1 bis 5,5 Milliarden Franken. Hinzu kommen die 7,5 Milliarden, die in der AHV schon heute fehlen. Die zusätzlichen Kosten müssen durch höhere Lohnbeiträge der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitgeber sowie durch Steuererhöhungen oder Sparprogramme durch den Bund finanziert werden. Damit beeinträchtigt die Initiative die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und senkt die Kaufkraft bei Konsumenten.

Die AHV steht vor grossen finanziellen Herausforderungen, weil die geburtenstarken Jahrgänge der 50er- und 60er-Jahre ins Rentenalter kommen. Die Mehrkosten von «AHVplus» würden dieses Finanzierungsproblem zusätzlich verschärfen. Mit der «Altersvorsorge 2020» wird zurzeit auf Bundesebene eine langfristige Sicherung der Altersvorsorge diskutiert. Sie umfasst sowohl die AHV als auch die Pensionskassen und stellt sicher, dass die Altersrenten weiterhin auf dem heutigen Niveau finanziert werden können.

Der Vorstand der Schweizer Metall Zulieferer empfiehlt die beiden Volksinitiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft» einstimmig zur Ablehnung.

Auskünfte erteilt:

Daniel Probst

Geschäftsführer Verband Schweizer Metall Zulieferer
T 032 626 24 29 | M 079 645 61 01